

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

nach jahrzehntelangen Kontroversen ist es uns in Nordrhein-Westfalen kurz vor der Sommerpause gelungen, einen tragfähigen Schulkonsens herbeizuführen. Das ist wegen der unterschiedlichen Ausgangspositionen und der schier unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Regierung und Opposition ein wirklicher Meilenstein in der Geschichte unseres Landes.

Dem Kompromiss waren intensive, aber durchweg konstruktive Verhandlungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU vorausgegangen. Ich sage: Wir können gemeinsam stolz auf das Erreichte sein. Der Schulfrieden liegt im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer und der Städte und Gemeinden in NRW. Denn sie alle haben nun für zwölf Jahre und über mehrere Wahlperioden hinweg Planungssicherheit und Verlässlichkeit, weil die zentralen Eckpfeiler der Schulpolitik nun festgeschrieben sind.

Um diesen Kompromiss zu erzielen, mussten sich alle Beteiligten bewegen. Das gilt für uns von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, aber auch für die CDU. Wir alle waren zu Zugeständnissen bereit und haben gemeinsam Verantwortung für eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens übernommen.

Mit der nun geschaffenen Sekundarschule bringen wir die positiven Eigenschaften der Gemeinschaftsschule mit denen der Verbundschule zusammen. Denn entscheidend ist nicht, wie die Schule heißt, sondern was sie leistet. Wir haben uns da-

mit durchgesetzt, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen und optimal gefördert werden, um ihren Talenten, Begabungen und Entwicklungschancen gerecht zu werden. Und zwar unabhängig von ihrer kulturellen oder sozialen Herkunft! Das ist ein großer Erfolg für uns Sozialdemokraten und eine gute Nachricht für die Schülerinnen und Schüler in NRW.

Liebe Genossinnen und Genossen, in wenigen Wochen werden wir in Mülheim zum Parteitag der NRWSPD zusammenkommen. Sicher werden wir den Blick nach vorne richten und darüber reden, wie wir als Sozialdemokraten Politik in NRW weiter gestalten wollen. Aber wir werden nach einem Jahr rot-grüner Koalition in Düsseldorf auch Bilanz ziehen. Ich denke, wir können stolz darauf sein, was wir in dieser kurzen Zeit erreicht haben. Die Abschaffung der Studiengebühren und der Kopfnote, die Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr, die Stärkung der Mitbestimmung, die Hilfen für die Kommunen und nicht zuletzt der Schulfrieden für Nordrhein-Westfalen sind nur einige Beispiele.

Wir haben der Politik in NRW eine neue Richtung gegeben und die Prioritäten neu definiert. Denn wir investieren in soziale Gerechtigkeit, in Bildung und damit in eine gute Zukunft unserer Kinder. Ich freue mich auf den Parteitag in meiner Heimatstadt, auf spannende Debatten und gute Beschlüsse für unsere Partei und Nordrhein-Westfalen.

Eure Hannelore



NACH NORWEGEN: GEMEINSAME SOLIDARITÄT STÄRKT UNS ALLE!

Von Veith Lemmen

Wenige Tage nach den völlig unbegreiflichen Anschlägen in Norwegen standen 55 Jusos aus NRW an einem Bergsee in Österreich. Auf einer matschigen Wiese. Nicht allein, sondern vereint mit vielen jungen Menschen aus der ganzen Welt. An diesem Abend Ende Juli wurden bei der Eröffnung des IUSY-World-Festivals mehr als 3000 Kerzen im Gedenken an die Opfer entzündet. Zu „Bella Ciao“ und der „Internationalen“, gemeinsam gesungen in allen erdenklichen Sprachen, wurde den Toten in Norwegen gedacht. Das bewegte, machte unglaublich traurig und gab gleichzeitig Hoffnung und unvorstellbaren Mut.

Drei Tage vorher passierte die schreckliche Tragödie. Wie findet man Worte für etwas, das unbeschreiblich ist? Wenn jemand vorsätzlich Menschen erschießt? Wenn jemand gezielt Jugendliche tötet, die sich für Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit einsetzen? Hannelore Kraft und ich haben unmittelbar nach den Anschlägen versucht, unsere Solidarität zu bekunden: „Eine furchtbare Tat, ein hinterhältiges Verbrechen hat sie aus dem Leben gerissen. Wir sind erschüttert und schockiert angesichts dieser unbegreiflichen Tragödie und trauern um die vielen Toten.“

Das ist nur ein Auszug, das sind nur Worte. Doch später erfuhren wir, dass sie offenbar richtig gewählt waren, sie sich in eine Reihe von Kondolenzschreiben einreihen und so vielleicht auch ein sehr bescheidenes Stück dazu beitragen, dass die norwegischen Genossinnen und Genossen der Juso-Schwesterorganisation AUF mit Entschlossenheit und erhobenen Hauptes aus der Tragödie hervorgehen können. Die norwegische Delegation war verständlicherweise nicht zum internationalen Camp angereist. Doch alle anderen kamen, trotz oder gerade weil die Tragödie passierte. Wir lassen uns nicht unterkriegen! Das war die gemeinsame Devise, die unverrückbare Stimmung, die sich in einem unglaublichen Gemeinschaftsgefühl ausdrückte, das Trost spendete und allen großen Mut machte. Bereits bei der Anreise sahen wir Busse aus anderen Ländern und bekundeten gegenseitige Solidarität. Ein Gefühl der Stärke entstehend aus tiefer Betroffenheit.

Die AUF schickte Grußworte zum IUSY-Festival und erklärte, wie wichtig es für sie ist, dass das Camp stattfindet, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen. Sie forderten uns auf, weiterhin für die Ziele zu kämpfen, die uns weltumspannend vereinen. Keinen Zentimeter zu weichen und Solidarität zu leben, das ist und bleibt unsere Aufgabe. Die katastrophalen Anschläge hinterlassen uns gemahnt, aber noch entschlossener als jemals zuvor. ■

FÜR EINE MENSCHLICHERE GESELLSCHAFT

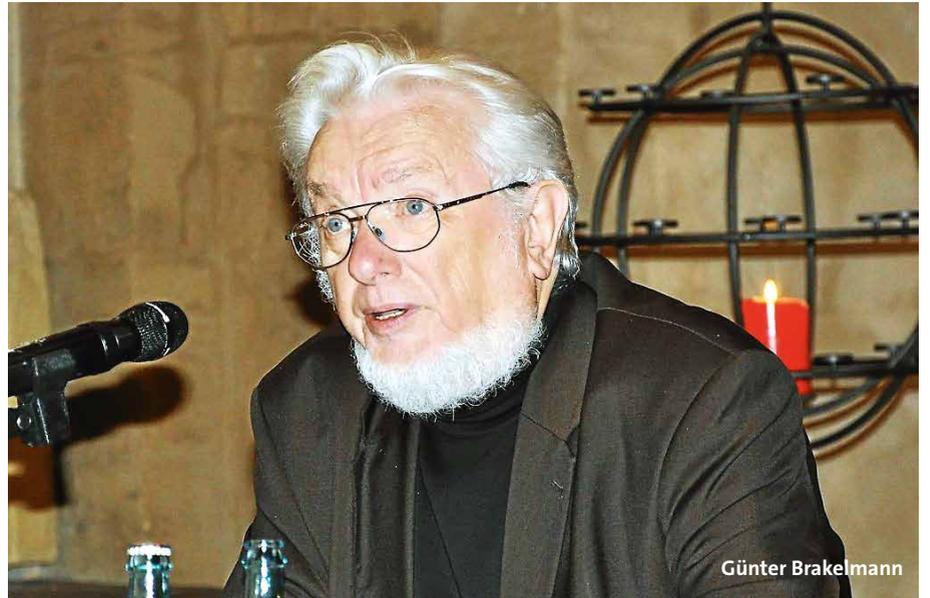
ZUM 80. GEBURTSTAG VON GÜNTER BRAKELMANN

Von Bernd Faulenbach

Er ist eine bekannte Persönlichkeit. Nicht nur im wissenschaftlichen Raum, sondern auch in der Öffentlichkeit des Ruhrgebietes und weit darüber hinaus. Der aus einer Querenburger Bergarbeiterfamilie stammende Sozialethiker und Historiker Günter Brakelmann, der von den 70er Jahren bis 1996 Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität war und sich seit mehr als 50 Jahren für die deutsche Sozialdemokratie engagiert.

Brakelmann hatte nie ein Mandat der Partei, erregte aber keineswegs nur im Umfeld der SPD als Protagonist sozialdemokratischer Wählerinitiativen seit Willy Brandts und Helmut Schmidts Zeiten Aufmerksamkeit. Er war zwei Jahrzehnte Mitglied der Grundwertekommission des Parteivorstandes unter dem Vorsitzenden Erhard Eppler und fungierte bei zahlreichen Parteiveranstaltungen, Tagungen und Konferenzen als Referent zu Fragen der Programmatik und der grundsätzlichen Orientierung der Partei. Sein vielfältiges Engagement bezog sich dabei auf seine Heimatstadt Bochum, auf das Ruhrgebiet, das Land NRW und die nationale Ebene, auch auf die Kirche und den Rundfunk – er war Mitglied des WDR-Rundfunkrates und später des Verwaltungsrates.

Die Arbeitsfelder und Interessen Brakelmans waren und sind weitgespannt. Immer wieder beschäftigt haben ihn Fragen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Humanisierung der Arbeitswelt. „Gute Arbeit“ und Partizipation sind nach wie vor Kernfragen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Noch heute ist Brakelmann 11. neutraler Mann im Aufsichtsrat eines montanmitbestimmten Unternehmens. Umgetrieben hat Günter Brakelmann auch die Friedensproblematik. Für manche überraschend nahm er Ende der 70er und in den frühen 80er Jahren Partei für Helmut Schmidt und gegen die Friedensbewegung. Frieden betrachtet der Sozialethiker als einen ständigen Prozess, bei dem die friedliche Gesinnung nicht reicht, sondern die Realitäten und Probleme nüchtern in Rechnung zu stellen sind.



Günter Brakelmann

Brakelmann war einer der Autoren des viel diskutierten Papiers der Grundwertekommission „Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens“, mit dem die Sozialdemokratie in den frühen 80er Jahren die neueren sozialen Bewegungen und ihre Themen – Ökologie, AKW, Frauen- und Friedensfrage – als Herausforderungen begriff und eine programmatische Neuorientierung einleitete, die schließlich in der Verabschiedung des Berliner Programms 1989 gipfelte.

Günter Brakelmann hat sich in sehr selbstständiger Weise zu vielen großen Zeitfragen geäußert. Zugleich mischte er sich konkret in die Politik ein, etwa in Wahlkämpfen und bei aktuellen Auseinandersetzungen. Er repräsentiert den Typ des politischen Professors. Wissenschaft und staatsbürgerliche Verantwortung verlangen aus seiner Sicht Parteinahme für eine menschlichere Gesellschaft, die durch die soziale Demokratie zu realisieren ist. ■

EIN SCHUTZSCHILD FÜR DIE KULTUR

Von Dr. Fritz Behrens

Die Begriffe Kultur und Gesetz sind zwei Begriffe, die auf den ersten Blick nichts gemeinsam haben. Die Kultur lebt von Freiheit, von Kreativität und Grenzenlosigkeit. Gesetze begrenzen, ordnen und regeln das private und öffentliche Leben. In Zeiten desolater Kommunalfinanzen scheint jetzt aber ein Kulturgesetz die vernünftigste Möglichkeit, die vielfältige Kulturlandschaft in NRW abzusichern.

Angesichts der Grenzen kommunaler Fördermöglichkeiten will die Regierungskoalition aus SPD und Grünen das Beziehungsgeflecht zwischen den unterschiedlichen Trägern und Förderern von Kunst und Kultur auf eine verlässlichere Grundlage stellen. Ziel ist es, eine dauerhafte und berechenbare Förderung sicherzustellen. Daher haben die Fraktionen von SPD und Grünen noch vor der Sommerpause beschlossen, dass es ein „Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, Kunst und der kulturellen Bildung in NRW“ geben soll. Die Leitgedanken zur Kulturpolitik hat die rot-grüne Landesregierung bereits ausführlich in den jeweiligen Wahlprogrammen – die SPD auch in einem Landesparteitagsbeschluss vom Februar 2010 – und im gemeinsamen Koalitionsvertrag formuliert.

Anlass für das erste Kulturgesetz in NRW ist nicht eine Krise der Kultur. Wir stehen vielmehr in einer ernsten Krise der Kommunalfinanzen. Angesichts der aktuellen Finanzkrise, ist in vielen Städten und Gemeinden

die Wahrnehmung des Verfassungsauftrags, Kunst und Kultur zu pflegen, gefährdet. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass die kommunale Haushaltskrise auch zu einer Krise der Kultur in NRW insgesamt wird. Ziel der SPD-Fraktion ist es, eine breite Diskussion über die Kulturförderung mit allen Fraktionen im Landtag und mit allen interessierten gesellschaftlichen Kräften zu führen. Alle Kulturpolitiker im Landtag sind jetzt aufgefordert, daran mitzuarbeiten, damit unsere einzigartige Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt erhalten bleibt.

Wichtig ist den sozialdemokratischen Kulturpolitikern, dass ein Gesetz erarbeitet wird, in dem Regelungen für alle Sparten der Kultur vorgesehen sind. Die Entwicklung und Förderung soll vom Theater, Orchester und Tanz über die Bibliotheken bis zur Soziokultur und zur kulturellen Bildung geregelt werden. Ganz besonders wichtig: Wir wollen möglichst erreichen, dass auch Kommunen im Nothaushalt oder in der Haushaltssicherung einen gewissen Prozentsatz für Kultur vor Ort ausgeben dürfen, ohne dass eine Kommunalaufsicht ihnen das verbieten kann. Das wäre der Schutzschild für die Kultur. ■



Dr. Fritz Behrens Mdl, Vorsitzender des Kultur-
ausschusses im Landtag NRW

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM SEPTEMBER...**

... ZUM GEBURTSTAG

102 Jahre
Lina Achatz
Helmut Lewien

100 Jahre
Hanna Mensendiek

99 Jahre
Franziska Flisek
Erich Prager

98 Jahre
Margarete Wettklo

97 Jahre
Leo Brudermanns
Luise Glauer

96 Jahre
Trude Grün

95 Jahre
Gertrud Haltaufderheide
Hubert Jansen
Maria Pollmeier
Theo Schneider

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

65 Jahre
Irma Frischknecht
Werner Siesenop
Ella Ullrich
Fritz Vogt

60 Jahre:
Margot Arenz

50 Jahre
Werner Bolder
Werner Haverkamp
Karl-Heinz Hirschfelder
Heinz Möller
Doris Mueller
Richard Schmidt
Willi Schmotz
Hans-Joachim
Wangemann

MOTORRADTOUR MIT PETER STRUCK DURCH DAS OBERBERGISCHE LAND



„Sag mal Friedhelm, wann fahren wir wieder?“, wollte Peter Struck Anfang des Jahres von Friedhelm Julius Beucher wissen. Denn dass Struck auch in diesem Jahr wieder mit dem Motorrad durchs Oberbergische fahren würde, war völlig klar. Also machte sich der ehemalige UB-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete ans Werk und plante die mittlerweile achte Motorradtour durch seine Heimat. Jedes Mal war Struck dabei, ob als Fraktionsvorsitzender, als Verteidigungsminister oder eben nun als FES-Vorsitzender. Mitte Juli trafen sich dann 35 sozialdemokratische und befreundete Biker, um gemeinsam die Gegend zwischen Wiehl, Engelskirchen und Marienheide zu erkunden.

Gut geleitet von den motorradfahrenden Genossen aus dem Organisationsteam, konnten die Fahrer die Landschaft und die schönen kurvigen Nebenstraßen genießen. Während der Tour wurde Politik natürlich nicht gänzlich ausgespart. Die SPD-Bürgermeister von Engelskirchen und Marienheide, Gero Karthaus und Uwe Töpfer, empfingen die Gruppe in ihren Städten. Bei einer Rast auf Schloß Crottdorf wartete Hermann Graf Hatzfeldt-Wildenburg-Dönhoff auf Struck und seine Gefährten. Dieser erzählte dann

anschaulich von seiner Urahnin, die sich nach einer unglücklichen Ehe Mitte des 19. Jahrhunderts scheiden lassen wollte und damit zu dieser Zeit einen Riesenskandal verursachte. Im langjährigen Rechtsstreit wurde sie anschließend von keinem geringeren als Ferdinand Lasalle vertreten, dem sie zeitlebens freundschaftlich verbunden blieb.

Mit deftiger Hausmannskost und heißem Kaffee klang in Reichshof-Eckenhagen die Tour am Abend aus. Die letzte Frage von Peter Struck lautete übrigens: „Friedhelm, wann fahren wir wieder?“ ■

FASTENBRECHEN DER SPD IN KREFELD

Bewegende Worte fanden sich nach dem diesjährigen Iftar (Fastenbrechen) im Gästebuch der SPD Krefeld: „Möge der Ramadan-Monat die Freundschaft und Liebe zwischen uns allen noch mehr vertiefen.“

Bereits zum vierten Mal lud die Krefelder SPD Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Vereine und des öffentlichen Lebens der Stadt zum gemeinsamen Abendessen ins Parteihaus ein. Die Organisatorinnen Dilan T. Ceylan, Leiterin des SPD-Arbeitskreises Integration, Halide Özkurt-Atmaca und der SPD-Vorsitzende Bernd Scheelen hießen mehr als 60 Gäste herzlich willkommen.

Begleitet von Musik auf der Oud (Laute), vorgetragen von Haluk Yücel, drehten sich viele Gespräche um das Fasten, aber auch um politische Vorhaben in Krefeld und NRW wie das städtische Integrationskonzept oder das Integrationsgesetz auf der Landesebene. Bernd Scheelen und Landtagsabgeordneter Uli Hahnen waren gemeinsam mit ihren Gästen überzeugt: „Nur Begegnung und Austausch können das Gemeinsame zeigen, statt das vermeintlich Trennende zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.“ ■



TERMINHINWEIS:

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER NRWSPD AM 24.09.2011

Am 24. September 2011 findet der außerordentliche Landesparteitag der NRWSPD in der RWE-Halle, an den Sportstätten 6, in Mülheim an der Ruhr, statt.

Im Mittelpunkt stehen – ein Jahr nach dem Start der rot-grünen Landesregierung – die Bilanz und Perspektiven sozialdemokra-

tischer Politik in NRW. Antragsschluss ist der 5. September 2011. Die Delegierten erhalten die Parteitagunterlagen fristgerecht per E-Mail und auf dem Postweg. Gäste können sich anmelden unter: www.nrwspd.de/anmeldunglandesparteitag2011

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf | **REDAKTION:** Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de